

LOK Forderungskatalog für mehr Klimaschutz und Klimaanpassung in Oberursel * März 2021

Antworten des / der Bürgermeisterkandidaten:in

Forderung / Idee der LOK		Stellungnahme Carsten Trupp	Stellungnahme Antje Runge
Übergeordnete Forderungen			
Ü 01	Erreichen der Klimaneutralität der Stadt Oberursel bis spätestens im Jahr 2035	Klimaneutralität ist ein zentrales Ziel, dem auch ich mich verpflichtet fühle, und das in Oberursel verfolgt werden muss. Je früher es uns allen mit gemeinsamen Anstrengungen und durch Einbeziehung der wichtigsten Interessensgruppen gelingt, desto besser. Das schließt für mich ein planvolles, strategisches, langfristig aufgesetztes konzeptionelles Handeln voraus, über das die Stadt nicht nur gegenüber der Stadtverordnetenversammlung gegenüber Rechenschaft ablegt.	Dem Ziel der Klimaneutralität in Oberursel bis 2035 schließe ich mich an. Leider sieht das derzeitige Politikenszenario der schwarz-grünen Landesregierung Hessen erst eine Klimaneutralität für 2050 vor (Quelle: Integrierter Klimaschutzplan Hessen 2025). Eine deutlich schnellere Reduzierung der CO2-Emissionen auf der lokalen Ebene halte ich für immens wichtig. Dafür müssen alle Maßnahmen des Klimaschutzplans immer wieder überprüft und angepasst werden.
Ü 02	Aktualisierung und Erweiterung des städtischen Klimaschutzkonzeptes, u.a. um die Aspekte „Klimaanpassung“ und „private Haushalte / Konsum“, hin zu einem integrierten Klimaschutzkonzept mit ambitionierten und SMART en Zielen und Zwischenzielen sowie einer jährlichen Rechenschaftspflicht mit entsprechender Information der Bürgerschaft	<i>Anmerkung der LOK: auf dieser Forderung wurde teilweise in der Stellungnahme zu Ü01 eingegangen, teilweise bei Ü03</i>	<i>Anmerkung LOK: Teilweise beantwortet in Ü 01</i>
Ü 03	Einführung einer verbindlichen Vorschrift für eine fundierte Klimafolgenabschätzung bei allen kommunalen Aktivitäten und Beschlüssen	Ich verstehe verantwortliches staatliches Handeln immer auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtabwägung der Folgen. Umweltauswirkungen sind eine typische Folge, die selbstverständlich gegenüber anderen Auswirkungen abzuwägen sind. Selbstverständlich macht es Sinn, auch als Stadt, regelmäßig über Maßnahmen zu berichten, mit denen wir Beiträge für die anzustrebende Klimaneutralität leisten haben.	<i>Anmerkung LOK: keine explizite Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>
Ü 04	Einrichtung einer Stabstelle Klimaschutz beim Bürgermeister / bei der Bürgermeisterin und interdisziplinäre Verankerung des Themas in allen Bereichen der Verwaltung	<i>Anmerkung LOK: keine Statement zu dieser Forderung erfolgt</i>	Den Klimaschutzmanager möchte ich als Stabsstelle organisieren, um alle Bereiche der Stadtverwaltung inklusive der städtischen Betriebe gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Die Fördermöglichkeiten gehören ebenfalls in diesen Aufgabenbereich wie auch die Bürgerbeteiligung und -beratung.
Ü 05	Maximale Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Förderprogrammen für kommunale Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung	Die sinnvolle Nutzung und – wo möglich- Optimierung von Fördermitteln ist für mich selbstverständlich.	s. Ü 04
Ü 06	Klimaneutrale Stadtverwaltung: das gesamte Arbeiten und Wirtschaften der Stadtverwaltung und aller städtischen Eigenbetriebe (einschl. Liegenschaften, Fuhrpark, Beschaffungen etc.) soll bis spätestens 2030 klimaneutral werden	Das Ziel der Klimaneutralität umfasst genauso die städtischen Eigenbetriebe und deren Aktivitäten	<i>Anmerkung LOK: keine explizite Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>
Ü 07	Unterstützung von Bildungsprojekten und Einrichtung einer Beratungsstelle für die Bevölkerung zu allen Themen rund um Klimaschutz und Klimaanpassung sowie entsprechenden Maßnahmen und Fördermöglichkeiten im privaten und gewerblichen Bereich	<i>Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>	Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen für alle Generationen im Sinne von lebenslangem Lernen möchte ich beim Thema Nachhaltigkeit ausbauen und Aktionen anstoßen.
			AR: Zusätzlicher Ansatz: Neu ins Leben rufen möchte ich einen Förderverein für Nachhaltigkeit, ähnlich dem bestehenden Kultur- und Sportförderverein. Des Weiteren verankere ich den Austausch und organisiere ein Netzwerk von Aktiven, Bürgern, Vereinen und Experten mit einem regelmäßigen Runden Tisch, um durch die Beteiligung eine zielgerichtete Umsetzung von Vorhaben zu erreichen.
Themengebiet Energie			
E 01	Veröffentlichung eines Plans für Oberursel (inkl. aller kommunaler Verbraucher und Eigenbetriebe) mit konkreten Zielen für den Ausbau und die Umsetzung für die Nutzung regenerativer Energieträger zur Deckung des Strom-, Wärme- und Mobilitätsbedarfs mit Hinblick auf das Ziel einer klimaneutralen Stadt bis spätestens 2035 sowie Vorlage eines jährlichen Rechenschaftsberichts zur Umsetzung des Ausbauplans	Die Entwicklung der regenerativen Energieträger auf dem Stadtgebiet wird insbesondere von den Bürgern bewältigt, nur wenn wir diese von dem Nutzen regenerativer Energieträger überzeugen, wird es uns gelingen, Klimaneutralität zu erreichen.	Zum Thema Energie schließe ich mich Ihrem Vorschlag einer Planung mit konkreten Zielgrößen an. Dazu gehören öffentliche Gebäude, genau wie die Wirtschaft und Private. Bestehende Gebäude zu sanieren, wird aufgrund der Haushaltslage Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen die Investitionen dafür auf jeden Fall weiterentwickeln.
E 02	Installation von Solaranlagen auf mindestens 2 bestehenden kommunalen Gebäuden pro Jahr sowie auf allen städtischen Neubauten	Die Installation von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden befürworte ich	Konkrete Ziele bei erneuerbaren Energien möchte ich am Beispiel von Solarenergie auf den Dächern ausführen: Photovoltaik ist eine ausgereifte, effiziente und wirtschaftliche Technik, die wir viel zu wenig nutzen. Meine Zielgröße ist, das Ergebnis im nächsten Jahr auf 1.000 kWp (ein MWp) zu verdoppeln. Wie? • Solarzellen auf kommunale Dächer: Wo die Stadt oder ihre Betriebe neu bauen, soll eine PV-Anlage direkt aufs Dach. • Das Gewerbe aktiv ansprechen und die Wirtschaftlichkeit aufzeigen. Wieso nicht auch unsere Autohäuser? • Bürgersolaranlagen: Wer keine eigene Dachfläche einsetzen kann, soll über einen Bürgerfond die Möglichkeit bekommen, in Energieerzeugung in Oberursel investieren zu können. • Kommunale Fachberatung, um Wohneigentümer bei der Planung auf ihrem Dach hinsichtlich technischer und steuerrechtlicher Fragen zu unterstützen. • Prüfung zur Bereitstellung von zusätzlichen städtischen Fördermitteln, z.B. Speichernachrüstung
E 03	Verabschiedung von allen notwendigen rechtlichen Regelungen bis August 2022, so dass Baugenehmigungen für private und öffentlichen Gebäude nur dann erteilt werden können, wenn ausschließlich klimafreundliche Energien genutzt werden und mindestens der kW-Energieeffizienzstandard 40 eingehalten wird (Ausnahmen in begründeten Einzelfällen sind nur mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung möglich)	Die Nutzung klimafreundlicher Energien bei der Neubebauung ist wünschenswert, kann aber sicherlich realistischer Weise nicht immer sinnvoll gewährleistet werden. Umso wichtiger wird es sein, die lokalen Stadtwerke davon zu überzeugen, für die Bürger und die Wirtschaft attraktive Öko-Stromtarife anzubieten, die einen Anreiz schaffen, die Stromversorgung der Haushalte und Unternehmen auf regenerative Energiequellen umzustellen	<i>Anmerkung LOK: keine explizite Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>
E 04	Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung ausschließlich auf Basis klimafreundlicher Energien bei der Modernisierung/Instandsetzung aller kommunaler Gebäude und Einhaltung mindestens des kW-Energieeffizienzstandards 40	<i>Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>	<i>Anmerkung LOK: keine explizite Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>
E 05	Verabschiedung eines kommunalen Förderprogramms für die stärkere Nutzung von Solarenergie für private Haushalte, Gewerbe und Vereine im Jahr 2021	Die Entwicklung eines kommunalen Förderprogramms für Solarenergie ist ein guter Ansatz, den ich aber für vor dem Hintergrund der bestehenden finanziellen Sachzwänge derzeit für unrealistisch halte. Allerdings bietet die KfW Bankengruppe attraktive Förderprogramme zur Finanzierung regenerativer Energieträger an, die Sie kennen dürften	<i>Anmerkung LOK: keine explizite Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>
E 06	Übernahme des kommunalen Stromversorgungsnetzes durch die Stadtwerke Oberursel	<i>Anmerkung LOK: keine Statement zu dieser Forderung erfolgt</i>	Zu Ihrer Frage nach dem Netz: Die Stadtwerke Oberursel verfügen gegenwärtig über keine eigene Stromerzeugung. Die Übernahme des Netzes zur Stromversorgung durch die Kommune sollte erwogen werden, wobei mir eine interkommunale Lösung sinnvoll erscheint. Darüber hinaus sollte bei städtischen Ausschreibungen nur Ökostrom berücksichtigt werden. Es ist wichtig, das Ökostrom für den privaten Nutzer nicht teuer ist als Strom aus nicht erneuerbaren Energien. Grüner Wasserstoff muss grundsätzlich stärker in den Blick genommen werden, auch im Bereich der Ausschreibungen von Bussen.
E 07	Planung eines kommunalen oder Förderung eines privatwirtschaftlichen Pilotprojektes zur Erzeugung, Speicherung oder Nutzung von grünem Wasserstoff	Gleiches gilt für ein Pilotprojekt zur Erzeugung, Speicherung oder Nutzung von grünem Wasserstoff. Es gibt überregional bereits zahlreiche Projekte zur Förderung des grünen Wasserstoffs. Die Kernkompetenz für die Entwicklung der Förderrichtlinien und das Monitoring eines derartigen Projektes liegt leider nicht im Bereich der Stadt.	<i>Anmerkung LOK s. E 06</i>
			Ich möchte noch den Vorschlag für eine Energiegenossenschaft ergänzen, um die Produktion lokal erzeugten Stroms zu erhöhen und das gesellschaftliche Bewusstsein durch Teilhabe zu stärken.
Themengebiet Verkehr			
V 01	Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf maximal Tempo 30 km/h im gesamten Stadtgebiet	Die sinnvolle und interessengerechte Lenkung der Verkehrsströme wird eine wichtige Herausforderung der Zukunft sein. Hierbei ist es mir wichtig, dass Bewohner in den ausgewiesenen Wohngebieten mit wenig Verkehr belastet werden. Insofern halte ich eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h in Wohngebieten im Grundsatz für sinnvoll. Die Hauptverkehrsstraßen sollten aber im Interesse der Stauvermeidung nur dann eine Geschwindigkeitsbegrenzung erfahren, wenn insbesondere Lärmbelastung oder Gefahrenstellen dies gebieten.	Beim Thema Verkehr ist mir ein ganzheitliches Verkehrskonzept mit intelligenten digitalen Lösungen wichtig: attraktiv, barrierefrei, emissionsarm. Die Stärkung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, weg vom motorisierten Individualverkehr, ist mein Ziel. Denn das Ziel, mehr Mobilität bei weniger Verkehr kann nur mit einem stärkeren ÖPNV erreicht werden (Anschlüsse auch in die Ortsteile, bessere Taktung und Einsatz für niedrigere Tarife), auch die Fußgänger und mobilitätseingeschränkte Bürger müssen mitgenommen werden. Beim Thema Tempolimit setze ich mich für 30 in der Innenstadt ein, Hauptverkehrsstraßen können grundsätzlich mit 50 befahren werden, wobei hier jeweils vor allem die Anliegen der Anwohner geprüft werden müssen (bspw. Oberhöchstadter Straße, Nassauer Straße). Dabei könne nach meiner Ansicht auch geprüft werden, ob Tempolimits speziell im Umkreis von Schulen auf Hauptverkehrsstraßen tageszeitlich befristet eine Lösung darstellen.
V 02	Reduzierung des öffentlichen und privaten Kfz-Parkraums im Stadtgebiet durch praktische Maßnahmen und eine Reform der städtischen Stellplatzsatzung sowie eine Parkraumbewirtschaftung mit dem Ziel, den Pkarsuchverkehr sinnvoll zu lenken und den Menschen den öffentlichen Raum zurückzugeben	Auch wenn wir möglichst viele Anreize schaffen sollten, die Fortbewegung als Fußgänger oder Radfahrer zu unterstützen, dürfen wir nicht vergessen, dass es auch nach einer Optimierung des ÖPNV noch zahlreiche Bürger gibt, die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sein werden (z. B. Alter) auf ein Auto zu verzichten.	<i>Anmerkung LOK: s. Einleitung von AR zu diesem Abschnitt oben</i>
V 03	Umwandlung von Straßen und Parkflächen in von allen am Verkehr Teilnehmenden gleichberechtigt genutzten Raum, in Spiel- und Fahrradstraßen, verkehrsfreie Zonen und Grünflächen	<i>Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</i>	<i>Anmerkung LOK: s. Einleitung von AR zu diesem Abschnitt oben</i>

LOK Forderungskatalog für mehr Klimaschutz und Klimaanpassung in Oberursel * März 2021

Antworten des / der Bürgermeisterkandidaten:in

Forderung / Idee der LOK	Stellungnahme Carsten Trumm	Stellungnahme Antje Runge
V 04 Förderung des Ausbaus von öffentlichen oder privaten Car-Sharing Angeboten mit Elektro- oder wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen	Als Stadt sollten wir subsidiär agieren und der Privatwirtschaft überlassen zu entscheiden, ob Carsharing wirtschaftlich sinnvoll angeboten werden kann oder nicht.	Anmerkung LOK: s. V 05
V 05 Erhöhung der Taktfrequenz im ÖPNV, Einführung eines on-demand service (Kleinbus mit Rufbereitschaft), ggf. gezielte Tarifenkungen und eine Erleichterung der Fahrradmitnahme im ÖPNV. Umstellung der ÖPNV-Flotte auf Elektro- oder Wasserstoffantrieb	Eine Optimierung und ggfls. Erhöhung des ÖPNV-Taktes unterstütze ich im Grundsatz. Er bietet einen Anreiz die Nutzung des persönlichen Fahrzeuges zu reduzieren.	Zudem möchte ich bereits vorhandene Studien, wie beispielsweise den Plan zur Nahmobilität in Oberursel, die Vorstudien für einen Radschnellweg oder die Ideen aus den Ortsbeiräten zur besseren ÖPNV-Anbindung der Stadtteile an die Innenstadt, aber auch Ideen zum Ausbau der innerstädtischen Radwege oder von Carsharing-Angeboten stärker miteinander verzahnen. Das gehört auch eine neue attraktive Mobilitätsstation. Ihrem Themenkatalog kann ich damit folgen.
V 06 Einführung eines Lastenrad-Verleihsystems mit Ausleihstationen in allen Ortsteilen bis Frühjahr 2021 und sichere, überdachte Abstellmöglichkeiten in der Kernstadt und an allen Supermärkten / Baumärkten, Vereinen und Sportstätten	Die Einführung eines Lastenrad-Verleihsystems finde ich eine gute Idee für Oberursel. Verantwortlich für die Umsetzung sollten jedoch privatwirtschaftlich agierende Parteien sein. Hierbei befrworte ich den Ausbau von überdachten Abstellmöglichkeiten an geeigneten Stellen in der Stadt.	Anmerkung LOK: s.Einleitung von AR zu diesem Abschnitt oben
V 07 Einrichtung von direkten, bequemen und sicheren Verbindungen für zu Fuß Gehende und Fahrrad Fahrende im ganzen Stadtgebiet sowie intelligente, insbesondere fußverkehr- und fahradfreundliche Ampelschaltungen	Eine intelligente Verkehrspolitik prüft auf jeden Fall die Einrichtung von direkten und bequemen, sicheren Verbindungen für Fußgänger und Radfahrer. Der Ausbau der Radwege ist mir hier ein besonderes Anliegen.	Anmerkung LOK: s.Einleitung von AR zu diesem Abschnitt oben
Themengebiet: Konsum		
K 01 Einführung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien in allen öffentlichen Ausschreibungen (z.B. möglichst positive Ökobilanz von Produkten, Abfallvermeidung, Lebenszykluskosten etc.) und Schulung der Verantwortlichen zum Thema nachhaltige Beschaffung (vgl. Forderung E 05) bis August 2022	Es ist sicherlich sinnvoll, bei geeigneten Ausschreibungen Nachhaltigkeitskriterien als Auswahlkriterium zu berücksichtigen.	AR: Zum Thema Konsum, Wald und Grünflächen möchte ich auf die Antworten der SPD verweisen, die ich übernehme. SPD: Ja, gerne, bis August 2022 jedoch nicht umsetzbar, da für ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien derzeit noch keine verbindliche Standardisierung für alle Aspekte der Wirtschaft vorliegen. Wir begleiten die Entwicklungen in Deutschland (Stichwort Lieferkettengesetz) sowie der EU-Taxonomie eng und werden das Beschaffungswesen sukzessive den nationalen und EU-Regeln anpassen.
K 02 Entwicklung von Abfallvermeidungskonzepten für alle stadtteiligen Einrichtungen bis August 2022	Das Abfallvermeidungspotenzial, insbesondere in der Verwaltung sollte überprüft und ggfls. verbessert werden. Darüber hinaus sollten wir uns Gedanken darüber machen, welche sinnvollen Möglichkeiten einer verbesserten Recyclingquote innerhalb der städtischen Einrichtungen	SPD: Der Vorschlag wird befürwortet. Der Zeithorizont erscheint als realistisch, da bereits jetzt in der Verwaltung die Abfallvermeidung praktiziert wird.
K 03 Vor Ende des Jahres 2021, Gründung eines Ernährungsrates oder einer AG Stadt und Ernährung, in der die unterschiedlichen Beteiligten (Bürgerschaft, Stadt, Landwirt*innen, Lebensmittelhandel, Entsorgungsunternehmen) zusammenkommen, um Strategien und Maßnahmen für die Verbesserung der lokalen Lebensmittelversorgung, die Förderung lokaler Bio-Landwirtschaft, die Reduktion von Lebensmittelverschwendung etc. zu erarbeiten. Umsetzung von mind. drei durch den Ernährungsrat vorgeschlagenen Maßnahmen bis 2025	Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt	SPD: Diese Forderung vereint zu viele Elemente, die sich gegenseitig widersprechen bzw. nicht notwendig sind, denn die lokale Lebensmittelversorgung z. B. ist aus unserer Sicht hervorragend durch viele Geschäfte und unterschiedliche Märkte gelöst. Die Differenzen zwischen Lebensmittelkäufern und -herstellern können nicht kommunale Aufgabe sein. Ein solcher Arbeitskreis innerhalb der Bevölkerung wäre aber eine gute Einrichtung, das Konsumverhalten zu hinterfragen und Impulse in die Politik zu geben.
K 04 Umstellung der Ernährung in städtischen Betreuungseinrichtungen auf bio-saisonal-regional bis Anfang 2022 sowie die begleitende Schulung des Küchen- und Leitungspersonals aller Betreuungseinrichtungen in kindgerechter, klimaverträglicher Ernährung	Soweit städtische Betreuungseinrichtungen in geeigneter Weise regionale Nahrungsmittel einkaufen können, befrworte ich das. Allerdings sollten wir uns nicht anmaßen, den Bürgern der Stadt vorzugeben, wie ihre Kinder zu ernähren sind. Dem Angebot von „auch“ klimaverträglicher Ernährung stehe ich offen gegenüber.	SPD: Ja, eine regional, saisonal und auf biologische Lebensmittel ausgerichtete Ernährung in den Kitas erscheint uns als sinnvoll. Wir halten dabei aber eine Mitsprachemöglichkeit der Eltern für wichtig. Dabei müssen die möglichen Zusatzkosten der Eltern durch eine gerechte Lastenteilung kompensiert werden, damit die Teilnahme für alle Kinder möglich ist, unabhängig vom verfügbaren Einkommen der Eltern.
K 05 Einführung eines „Runden Tisches Plastikvermeidung“, der Strategien zur Vermeidung und Verringerung von (Einweg-)verpackungen und Plastikmüll erarbeitet; Umsetzung von mind. drei durch den Runden Tisch vorgeschlagenen Maßnahmen bis 2025, sowie bis Ende 2021 Verbot von Einwegbechern für Getränke und von sämtlichen Einweg-Behältern und Verpackungen im Außer-Haus-Verkauf bis Ende 2022	Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Reduzierung des Plastikverbrauchs wurden glücklicherweise bereits geschaffen.	SPD: Die Vermeidung von Plastikartikeln, die nur einmal genutzt werden können, ist ein wichtiger Beitrag zur Umweltentlastung. Zu diesem Zweck hat die SPD in der Koalition mit der CDU bereits einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung durchgesetzt, nach dem bei Festen in Oberursel auf Einweggeschirr verzichtet wird. Paragraf 1 Absatz 5 der Oberurseler Abfallsatzung wurde bereits entsprechend geändert. Unsere Forderung nach dem Einsatz eines Spülmobils für Großveranstaltungen ist ebenfalls ein Schritt in diese Richtung. Das Verbot von sämtlichen Einwegbehältern ist keine kommunale Aufgabe, wird in der SPD aber auf Bundesebene verfolgt.
K 06 Jährliche, öffentliche Auszeichnung eines Oberurseler „Nachhaltigkeits-Helden“ oder eines Leuchtturmpjektes „Nachhaltigkeit“ auf dem Gebiet Tauschen, Teilen, Suffizienz, Abfallvermeidung, Ressourcenschonung	Die Auszeichnung eines jährlichen „Nachhaltigkeitshelden“ finde ich eine interessante Idee, ich bin gespannt, welche Kriterien hierbei im Detail gelten sollen.	SPD: Im Bereich der Kultur machen wir das schon fast 10 Jahre mit der Verleihung des Jakob. Für Nachhaltigkeit ist dies eine interessante Idee, die wir gerne aufnehmen.
K 07 Förderung einer Wirtschaft des Tauschens und Teilens durch die Einrichtung eines „Mitnahme-Regals“ beim Wertstoffhof bis August 2022, die Gründung eines Sozialkaufhauses, die Bereitstellung von dezentralen „Free food“-Kühlschränken und die Veranstaltung von jährlich mind. einer Tausch- und Verschenkbörse	Die Einrichtung eines „Mitnahme-Regals“ beim Wertstoffhof finde ich ebenfalls überlegenswert. Diesem Impuls gehe ich gerne nach.	SPD: Die Einrichtung eines Mitnahmeregals im Wertstoffhof und die Erweiterung der Angebote für eine Kreislaufwirtschaft in Oberursel und, wo nötig, im Kreis wird von uns befürwortet. Ein Secondhand-Kleiderbasar wird von der SPD-Oberursel bereits seit über 15 Jahren durchgeführt und von der Bürgerschaft auf breiter Ebene angenommen. Eine Einrichtung für gebrauchte Möbel wird vom Kreis betrieben. Die Tafel und das Ökumenische Anzieh-Eck in Oberursel mit der Abgabe von Kleidung und Kleinmöbel unterstützen wir. Ob Free-Food-Kühlschränke möglich sind, sehen wir skeptisch.
Themengebiet: Wald und natürliche Grünflächen		
WG 01 In Oberursel soll der Wald sich selbst überlassen werden. Gleichzeitig muss die natürliche Regeneration durch kluges Wiederaufforsten von Mischwald mit klimaresilienten Baumarten unterstützt werden	Ich unterstütze die natürliche Regeneration des Waldes und damit einhergehend eine kluge Wiederaufforstung der schadhafte bzw. abgeholzten Waldregionen auf der Basis der aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse.	AR: Zum Thema Konsum, Wald und Grünflächen möchte ich auf die Antworten der SPD verweisen, die ich übernehme. AR: Unser Revierförster spricht sich für den Aufbau eines naturnahen Mischwalds und Naturverjüngung vielerorts aus. Aufforstungsmaßnahmen sollten behutsam durchgeführt werden. Dem schließe ich mich an. SPD: Das Konzept des nutzungsfreien Waldes wird von der SPD befürwortet. Es wird bereits in einigen Bereichen des Stadtwaldes praktiziert.
WG 02 Berücksichtigung einer natürlichen Waldrandgestaltung, d.h. einen mindestens 5m breiten Rand mit natürlicher Vegetation zwischen Wald und angrenzenden Flächen wie Acker oder Wiese (Biodiversität)	Die Erhaltung und Entwicklung der Biodiversität sollte im Zusammenhang mit der Gestaltung der Waldänder berücksichtigt werden, genauso überall dort wo es vertretbar ist.	SPD: Dies kann dann gemacht werden, wenn Wald und angrenzendes Feld im Eigentum der Stadt Oberursel stehen. Bei privaten Eigentümern kann dies nur durch Appelle erfolgen.
WG 03 Förderung von mehr Altholzinseln in den Wäldern	Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt	SPD: Siehe die Antwort zu WG 01.
WG 04 Herausnahme aller alten Drehwuchs-Rotbuchen aus der Nutzung zum Erhalt der Genressource und Biodiversität	Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt	SPD: Eine forstwissenschaftliche Fachfrage, die wir gern an den Förster weitergeben
WG 05 Förderung, Pflege und Neugestaltung von Saumbiotopen in den Agrarflächen: reich strukturierte Hecken säume aus vielfältigen heimischen Arten sowie reich strukturierte Staudensäume entlang der Ackerflächen. Vermehrt auch alte bewährte Heilpflanzen setzen, wie z.B. den Holunder	Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt	AR: Für die Aufwertung von Grünflächen, Blühstreifen, Streuobstwiesen und Biotopen als Lebensraum für Tiere und den Erhalt der Artenvielfalt möchte ich ein Programm mit den örtlichen Initiativen starten und beim Thema Streuobstwiesen ein Kollektiv für die Pflege, Baumpatenschaften und Bildungsaufgabe unterstützen. In Oberstädten bin ich gerade dabei, den Reliverein mit den Ornithologen, Streuobstwiesen-Aktiven und der Bürgerinitiative für eine gemeinsame Pflege an einen Tisch zu holen. Diese Zusammenarbeit verstehe ich als das WIR für das ich mich einsetze. SPD: Soweit die Äcker im privaten Eigentum stehen, kann hier nur durch Appell und Fördermittel eingewirkt werden. Die städtischen Ackerflächen sind zumeist langjährig verpachtet. Die Landwirte zur Anpflanzung von Hecken und Säumen zu bewegen, erscheint als sinnvoll, ist aber nur längerfristig umsetzbar. Bei dem Verlängern von zukünftigen Pachtverträgen bzw. dem Abschluss neuer Pachtverträge werden wir uns für dieses Anliegen in der Stadtversammlung einsetzen.
WG 06 Beibehaltung und Ausbau der Blühstreifen mit ausschließlich heimischen, mitteleuropäischen Arten und Verbot des Abmähen und Umgrabens	Gleiches gilt für Blühstreifen, die soweit möglich und vertretbar erhalten bleiben sollten.	SPD: Bei städtischen Grünflächen umsetzbar. Die anderen Blühstreifen werden vorwiegend von den Grundstückseignern oder deren Pächtern umgesetzt. Dies ist zu unterstützen.
WG 07 Förderung von Aufklärungskampagnen in Schulen und allgemeine Wertschätzung jenseits ökonomischer Interessen: Folgen des Waldsterbens und des Verlustes der Artenvielfalt verdeutlichen, gleichzeitig aktive Mitarbeit und Engagementförderung durch neuartige Aufforstungsmaßnahmen fördern (wie z.B. das derzeit stattfindende Saatgut-Sammeln und Ausbringen mit dem Förster)	Ich unterstütze die Idee, Schülern im Rahmen von Exkursionen das Ökosystem Wald und seine aktuellen Probleme aufzuzeigen.	SPD: Lerneinhalte für Schulen sind grundsätzlich Landessache. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen und Fachlehrkräften ist aber sehr sinnvoll. Exkursionen und Fachvorträge aus der Praxis können den Unterricht sinnvoll ergänzen. Die sog. „Häuschensule“ im Oberurseler Stadtwald bietet zahlreichen Grundschulklassen aus dem RheinMain-Gebiet bei ihren Besuchen eine hervorragende waldpädagogische Anleitung

LOK Forderungskatalog für mehr Klimaschutz und Klimaanpassung in Oberursel * März 2021

Antworten des / der Bürgermeisterkandidaten:in

Forderung / Idee der LOK	Stellungnahme Carsten Trumpp	Stellungnahme Antje Runge
Themengebiet: Stadtentwicklung und Wassermanagement		
<p>SW 01 Bis August 2022, Verabschiedung eines nachhaltigen Stadtentwicklungsplans, der die Vermeidung von weiterer Flächenversiegelung, eine Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs pro Person, eine Stadt der kurzen Wege, Verkehrsvermeidung, Durchgrünung der Stadt und das soziale Miteinander in den Mittelpunkt stellt und in konkrete Vorgaben umsetzt. Die kommunalen Bauplanungsinstrumente müssen für Planung, Vergabe und Nutzungskonzept von privaten und städtischen Gebäuden und Infrastruktur Nachhaltigkeitskriterien und Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung und zur CO₂-Minimierung vorgeben</p>	<p>Wir müssen in unserer Stadt Luftschneisen bewahren und insbesondere den Lebenskomfort der Innenstadt durch eine Vermeidung von weiterer Bodenversiegelung, aber auch Begrünung von Flächen verbessern.</p>	<p>AR: Wir müssen die Planungspolitik – insbesondere wenn es um Flächenmanagement geht – von der Natur her denken. In Zeiten des Klimawandels brauchen wir unversiegelte, naturnahe Gebiete und die müssen gemeinsam mit den Umwelt- bzw. Klimainitiative, Vereinen und Bürgern gestaltet und bewahrt werden. Dazu benötigen wir einen ganzheitlichen sozial-ökologischen Stadtentwicklungsplan. Ich bin also für qualitatives Wachstum bei Akzeptanz der Notwendigkeit, Wohnraum zu schaffen, damit auch in Zukunft alle Menschen in Oberursel wohnen können. Hierbei muss immer eine wohlüberlegte Abwägung vorgenommen werden.</p> <p>SPD: Der Wohnflächenverbrauch pro Kopf kann in einer freien Gesellschaft nicht vorgeschrieben werden. Die Stadt kann aber bei Wohnprojekten und über die Festsetzung in Bebauungsplänen auf die Umsetzung der z.B. Ziele hinwirken. Einem nachhaltigen Stadtentwicklungsplan stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber.</p>
<p>SW 02 Planung der Rathausanierung als Modellprojekt „Klimaneutrales und klimaangepasstes Rathaus“ inkl. Regenwassernutzung</p>	<p>Bei der Rathausanierung sollte die möglichst umfangreiche Umstellung der Stromversorgung über eigene Solaranlage und die Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser wohlwollend geprüft werden.</p>	<p>Anmerkung LOK keine konkrete resp. weitergehende Antwort zum Rathaus als Modellprojekt von AR.</p> <p>SPD: Trotz Solaranlage kann ein Gründach sinnvoll sein. Dann ist die Regenwassernutzung eingeschränkt. Deshalb ist dies ein Projekt im Bereich Forderung E01, Wärmedämmung und Heizanlage sind zwei weitere wichtige Faktoren.</p>
<p>SW 03 Verabschiedung von allen notwendigen rechtlichen Regelungen bis August 2022, um Stein- und Schottergärten zu verbieten, die Verwendung von wasserdurchlässigen Steinen verbindlich vorzuschreiben sowie eine aktive Regen- und Brauchwassernutzung in Gebäuden zu fördern</p>	<p>Stein- und Schottergärten finde ich nicht attraktiv für Umwelt und das Stadtbild, eine Umgestaltung befürworte ich im Grundsatz.</p>	<p>AR: Bzgl. Wasser müssen wir Brauchwassersysteme prüfen, Zisternen nutzen, Rückhaltebecken schaffen und vor allem über Einsparmöglichkeiten informieren. Die Detailantworten aus dem SPD-Fragebogen sind mit mir abgestimmt und übernehme ich gerne.</p> <p>SPD: Stein- und Schottergärten sind in der Regel wasserdurchlässig, aber biologisch wertlos. Wir werden uns daher dafür einsetzen, in B-Plänen und Gestaltungsauflagen diese Gartenform auszuschließen. Wasserdurchlässige Steine sollten auf Wegen und Vorplätzen genutzt werden. Gärten sollten versickerungsfähig sein und zur Grundwasserneubildung beitragen. Flächen rund ums Haus sollten möglichst wenig versiegelt werden. Die Nutzung des Regenwassers ist durch die Zisternenansatz geregelt; danach müssen bei Neubauten Zisternen (für die interne und externe Wassernutzung) einrichtet werden. Die Möglichkeiten der Brauchwassernutzung müssen zukünftig stärker genutzt werden.</p>
<p>SW 04 Abkoppelung von jährlich 1% der versiegelten Fläche von der Kanalisation, Einleitungsbegrenzung für Regenwasser und Nutzung des aufbereiteten Kläranlagenabflus (landwirtschaftlichen) Bewässerung und/oder als Brauchwasser in der Industrie und/oder zur Versickerung zum Zwecke der Grundwasserneubildung</p>	<p>Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</p>	<p>SPD: Neben der zurzeit in mehreren Baubauabschnitten stattfindenden Modernisierung der Kläranlage bedarf die Begrenzung der Einleitung einer guten Regelung. Regenwasserrückhaltebecken zur Versickerung sind bereits mehrfach in Oberursel eingerichtet worden. Sie dienen einerseits dazu, eine Überlastung der Kläranlage durch Schmutzwasser zu vermeiden, und andererseits dienen sie der Grundwasserneubildung. Eine landwirtschaftliche Nutzung halten wir derzeit für nicht realistisch.</p>
<p>SW 05 Entsigelung und Begrünung von städtischen Flächen (Parkflächen, Schulhöfen, Epinayplatz, Rathausplatz etc.) und Initiativen zur Anregung privater Grundstücksbesitzer*innen und Gewerbetreibenden, Flächen auf ihren Grundstücken zu entsiegeln</p>	<p>Für mich gehört eine kontinuierliche Überprüfung der Handlungsoptionen zur Förderung einer Vergrößerung der Grünflächen zu einem guten Stadtentwicklungsmanagement.</p>	<p>Anmerkung LOK: siehe SW 01</p>
<p>SW 06 Renaturierung des Urselbaches, um Grundwasserneubildung zu ermöglichen</p>	<p>Die Renaturierung des Urselbaches finde ich im Grundsatz gut und bin gespannt, mit welchen konkreten Handlungsvorschlägen Sie mich gerne überraschen.</p>	<p>SPD: Ja, die Renaturierung des Urselbaches wird seit Jahren von der Stadt Oberursel aufwändig betrieben, auch um mehr Retentionsraum zu bilden. Sie ist auch sinnvoll, um Grundwasserneubildung zu ermöglichen und um durch Reduzierung der Fließgeschwindigkeit weiteres Leben im Bach zu erhalten und zu erhöhen.</p>
<p>SW 07 Schaffung eines „Dialogforums Wasser“, um Aspekte der Oberurseler Wasserressourcen, Wasserverwendung und Wiederverwendung, Regenwassernutzung, Transformation von der Wasserentsorgung zur nachhaltigen Wasserkreislaufumsetzung öffentlich zu diskutieren</p>	<p>Im Hinblick auf das Thema Grundwasser möchte ich noch einen von Ihnen nicht genannten Aspekt hinzufügen: Wir (sollten) alle vertretbaren Optionen prüfen, wie wir den Oberflächenwasserabfluss von Regenwasser aus dem Taunus reduzieren und damit die Grundwasserbildung fördern können.</p>	<p>AR: Das Dialogforum Wasser ist eine hervorragende Idee.</p> <p>SPD: Ja, gerne in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, die auf diesen Gebieten bereits tätig sind, und mit dem BSO, der für die Entsorgung und die Einhaltung der Umweltkriterien dabei zuständig ist. Die Stadtwerke Oberursel legen alljährlich einen umfassenden Grund- und Trinkwasserbericht vor, der detailliert über alle Belange des Wassers in Oberursel informiert. Dieser Bericht könnte die Grundlage für die Diskussion in einem Dialogforum bilden.</p>
Themengebiet: Klimaanpassung		
		<p>Bei dem letzten Themenkomplex (Klimaanpassung) übernehmen Sie bitte ebenfalls den Antwortkatalog der SPD. Ergänzen möchte ich grundsätzlich: Klimaanpassungen können nur gesamtgesellschaftlich erreicht werden. Dazu gehört selbstverständlich die Kommunikation und Information zu allen Nachhaltigkeitsthemen. Diese möchte ich ausbauen, auch digitale Kanäle einbeziehen und Aktionstage initiieren.</p>
<p>KA 01 Die Schaffung von Klimakomfortzonen in der Stadt: mehr Straßengrün; mehr schattenspendende Bäume; mehr Trinkbrunnen; flächige Wasserpelende und die Ausstattung dieser Zonen mit Sitz- und Verweilmöglichkeiten für alle Altersgruppen</p>	<p>Soweit möglich und vertretbar unterstütze ich die Schaffung von Klimazonen in der Stadt.</p>	<p>SPD: Ja, denn die SPD will Oberursel als „Stadt im Grünen“ erhalten und weiterentwickeln. Dies ist in unserem Wahlprogramm detailliert ausgewiesen. Folgende Ergänzungen AR: Angesichts der zunehmenden Erwärmung der Innenstadt können wir uns keinen Verzicht auf grüne Inseln und offene Landschaften erlauben. Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie sehr insbesondere die Familien auf Grünflächen, Parks und Wälder angewiesen sind. Dabei begreife ich vor allem den öffentlichen Raum als Zukunftsaufgabe und diesen durch Begrünungen für alle Menschen zurück zu gewinnen.</p>
<p>KA 02 Die Prüfung ökologischer Alternativen zu herkömmlichen Klimaanlageanlagen im Rahmen kommunaler Bauprojekte und Sanierungsmaßnahmen, z.B. passive Kühlsysteme</p>	<p>Das schließt auch die Prüfung alternativer Klimaanlageanlagen in kommunalen Bauprojekten, zum Beispiel das Rathaus, ein.</p>	<p>SPD: Die Prüfung reicht nicht aus. Sie sind im Rahmen einer energetisch optimierten Planung zu berücksichtigen. Dabei reichen oft Sonnenschutzsysteme aus, die weitere Kühlsysteme entbehrlich machen.</p>
<p>KA 03 Den Aufbau eines Biotop-Verbundsystems über die ganze Stadt hinweg z.B. durch Installation und Pflege von Flachdach- und Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden zur Verbesserung des Stadtklimas und zum Schutz der Artenvielfalt</p>	<p>Gleiches gilt für die Begrünung von Dachflächen oder Fassaden städtischer Gebäude, wenn dies baulich vertretbar möglich ist.</p>	<p>SPD: Gerade mit dieser Forderung wird deutlich, dass Klimaneutralität nicht nur Aufgabe von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Handel und Dienstleistung ist, sondern das aktive Engagement der gesamten Stadtbevölkerung benötigt, denn allein durch städtische Gebäude ist weder in der Innenstadt noch in den Stadt- und Ortsteilen ein solches Verbundsystem zu erstellen. Wir setzen uns für die Genehmigung von städtischen Pilotprojekten ein, wie eine umfassende energetisch sinnvolle Rathausanierung mit ergänzenden Beispielen zu Stadt-, Platz-, Wege- und Fassadengestaltung und entsprechender Dachnutzung, die eine Vorbildfunktion für private Bauherren haben. In neu zu erstellenden B-Plänen können Maßnahmen zur Schaffung von Biotop-Verbundsystemen vorgegeben werden.</p>
<p>KA 04 Neben der Entsigelung und Begrünung von öffentlichen Grundstücksflächen (vgl. SW 05), den Erhalt innerstädtischer Brachflächen, weniger drastische Gehölzpflugeschnitte und die Begrünung der Gewerbegebiete</p>	<p>Öffentliche Grundstücksflächen und Gewerbegebiete sollten bei einer umfassenden Prüfung einer Begrünung bzw. Erhaltung der Begrünung nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>SPD: Die innerstädtische Brachfläche ist genauso im Verteilungskampf zu Bauflächen wie die Aufteilung der Wegeflächen in Straßen, Parks, Geh- und Radwege. Eine städtische Verdichtung, die gewählt wird, um die Zersiedelung des Ortsrandes zu stoppen, ist auf innerstädtische Grundstücke angewiesen, da gerade hier der Bau von preiswerten Wohnungen oft noch möglich ist. Ebenso sind Belüftung, Belichtung und Erwärmung der Stadt zu berücksichtigen, die eben diese baulich nicht intensiv genutzten Flächen benötigen. Es ist darauf zu achten, dass die Verdichtung nicht zu weiterer Aufheizung führt. Dem ist mit Stadtgrün entgegenzuwirken.</p>
<p>KA 05 Die Erstellung eines Baumkatasters und die Verabschiedung einer Straßenbaumsatzung und einer Baumsatzung für Privatgärten; Patenschaftsvermittlung zur Pflege und Wässerung der Bäume im öffentlichen Raum.</p>	<p>Anmerkung LOK: keine Stellungnahme zu dieser Forderung erfolgt</p>	<p>SPD: Das Vorliegen eines Baumkatasters dient der Erhaltung, der Pflege, dem Schutz und dem Ausbau des Baumbestands. Die Verabschiedung einer Straßenbaumsatzung ist ebenfalls, da die Straßenbäume im Eigentum der Stadt sind. Eine Baumschutzsatzung für Privatgärten wird befürwortet. Baumpatenschaften befürworten wir als zusätzliche Maßnahme.</p>
<p>KA 06 Die Erstellung einer Stadtklimaanalyse und eines Klimaplan-Atlases als Entscheidungsgrundlage für eine klimaangepasste Stadtentwicklung in Oberursel unter Berücksichtigung von Hitzeinseln und Kaltluftschneisen über die Stadtgrenzen hinaus.</p>	<p>Ein intelligentes Stadt- und Klimamanagement sollte immer etwaige Kaltluftschneisen und Hitzeinseln bei der Umsetzung verschiedenster Maßnahmen im Blick haben und versuchen, die Lebensqualität der Bürger zumindest zu erhalten (besser zu verbessern)</p>	<p>SPD: Hier bietet die regionale Raumordnung und -planung wertvolle Hilfen und Vorgaben, die von den Städten eingehalten werden müssen. Die Stadt Frankfurt am Main macht gerade mit ihrem neuen Baugewillensplan an der A 5 die entsprechenden Erfahrungen. Diese Vorgaben werden auch von der Stadt Oberursel berücksichtigt. Dass darüber hinausgehende Überlegungen sinnvoll sind, ist bei uns unstrittig. Denn es gilt die Aufheizung unserer Städte zu verhindern und deshalb in Zukunft stärker mit Begrünung und Abständen zu arbeiten. Die Forderungen E02, E06 und E01 sowie weitere Teilforderungen in vielen hier vorgelagerten Fragen/Forderungen gestalten diese Forderung mit. Somit wird auch hier deutlich, dass das Zusammenspiel der ausgewählten Faktoren von höchster Priorität ist.</p>
<p>KA 07 Umfassende Information der Bevölkerung zu den Klimaziele der Stadt und den Möglichkeiten der Umsetzung klimaschonender Maßnahmen im privaten und gewerblichen Bereich, z.B. durch naturnahe Grundstücksgestaltung, Dach- und Fassadenbegrünung, Wassersparmaßnahmen und Brauchwassernutzung.</p>	<p>Insgesamt sollte die Stadt ihre Bürger über ihre (Klima)-Maßnahmen in geeigneter Weise informieren.</p>	<p>SPD: Die vorausgehende Beantwortung der 49 Forderungen/Fragen hat eindeutig gezeigt, dass die SPD nicht dringlich Ziele vorgeben möchte, sondern durch Information und im Gespräch mit den Beteiligten und den betroffenen Bürgern und allen Oberurselern die Änderung für mehr Sensibilität und Klimagerechtigkeit im Umgang mit Mensch, Natur und Umwelt anstrebt. Der demokratische Prozess mit informierten Bürgern ist wesentlicher Bestandteil unseres Handelns, wie es auch unsere Bürgermeisterkandidatin Antje Runge zuzug. Zur Erweiterung der Teilhabe und zur Fortentwicklung der Ziele werden wir das bereits von ihr initiierte Format des Klimadiologs (siehe Facebook-Seite Antje Runge2021) fest etablieren und so ein Angebot an die Bürgerschaft zum Austausch und Dialog aufbauen</p>